



Homophobie in Afrika nimmt zu

Homophobie in Afrika nimmt zu
AMNESTY: Viele afrikanische Staaten wollen Gesetze gegen Homosexuelle verschärfen; Regierungen schüren Gewalt gegen sexuelle Minderheiten statt sie zu bekämpfen.
BERLIN/JOHANNESBURG, 25.06.2013 - Viele afrikanische Regierung schüren die Homophobie statt Gewalt gegen Schwule und Lesben zu bekämpfen. Zu diesem Schluss kommt Amnesty International in einem heute veröffentlichten Bericht zur Lage von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LGBTI) in Afrika.
Der Bericht "Wenn Liebe zum Verbrechen wird" dokumentiert das erschreckende Ausmaß von Gewalt gegen Homosexuelle in den Ländern südlich der Sahara.
"Erschreckend ist auch, dass viele afrikanische Politiker die Gesetze gegen Homosexualität noch verschärfen wollen", sagt Franziska Ulm-Düsterhöft, Afrikaexpertin von Amnesty International.
In 38 Ländern südlich der Sahara gelten homosexuelle Handlungen als Straftat und werden als "unnatürliche fleischliche Akte" oder "Akte gegen die natürliche Ordnung" qualifiziert. In den vergangenen fünf Jahren haben etwa der Süd-Sudan und Burundi neue Gesetze zur Bestrafung gleichgeschlechtlicher Liebe eingeführt. In Uganda, Liberia und Nigeria wird die Verschärfung bestehender Gesetze in den Parlamenten diskutiert.
Der Amnesty-Bericht nimmt die aktuelle Gesetzeslage quer durch den Kontinent unter die Lupe und beschreibt das Leben der Betroffenen anhand von Fallbeispielen aus Uganda, Kenia, Südafrika und Kamerun. "Alltägliche Diskriminierung, Hetze von Politikern und Religionsführern, verschärfte Gesetze und Gewalt gegen LGBTI-Personen bilden einen Teufelskreis", kritisiert Ulm-Düsterhöft. "Es fehlt an dem politischen Willen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen und Angriffe auf Homosexuelle strafrechtlich zu verfolgen." "Die meisten homophoben Gesetze sind ein direktes Erbe des Kolonialismus", so Ulm-Düsterhöft. "Über 40 afrikanische Ethnien tolerierten beispielsweise die Ehe zwischen zwei Frauen. Doch als die ehemaligen Kolonialmächte abzogen, blieben die Verbote bestehen." Deshalb sei es absurd, wenn Homosexualität von afrikanischen Politikern als Import aus dem Westen gebrandmarkt werde.
Nur in einigen Ländern sieht Amnesty positive Entwicklungen: So haben Mosambik und Botswana die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung gesetzlich verboten. "Außerdem gibt es immer mehr zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für die Rechte von LGBTI einsetzen", sagt Ulm-Düsterhöft. "Diesen müssen wir den Rücken stärken."
Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle.
AMNESTY INTERNATIONAL
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Pressestelle, Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin
T: +49 30 420248-306 . F: +49 30 420248-330
mailto:presse@amnesty.de

Pressekontakt

Amnesty International

10405 Berlin

Firmenkontakt

Amnesty International

10405 Berlin

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage